

Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte

Christian Raphael/Darius Ribbe/Wolfgang Wessels

Die Covid-19-Pandemie¹ hat die wissenschaftliche Gemeinschaft umfassend und nachhaltig verändert und reiht sich als markanter Teil in die sogenannte „Polykrise“ (Michèle Knodt, Martin Große Hüttmann und Alexander Kobusch 2020) ein. Mit erheblichen Unterschieden in Diagnose und Therapie ist der Mehrzahl der Krisen-Analysen doch gemein, dass sie die Schwächen der Europäischen Union (EU) unerbittlich aufdecken und ein Umdenken zu „mehr“, „weniger“ oder einem „anderen Europa“ fordern. Untersuchungen zur Krisenthematik führen damit direkt oder indirekt zu unterschiedlichen integrations-theoretischen Grundverständnissen.

Ein Blick auf die wissenschaftlichen Diskurse im Allgemeinen zeigt bereits, dass mit der Covid-19-Pandemie und der erzwungenen Umstellung auf digitale Formate Vor- und Nachteile verbunden waren und sind. Zum einen konnte der Kreis der Teilnehmenden durch digitale Angebote wesentlich erweitert und ein breiteres Meinungs- und Expertisen-spektrum abgebildet werden. Der transnationale Austausch war selten mit so geringen Hürden und Kosten verbunden. Wenn derart auch die Debattiergrundlage vertieft wurde, hat sie sich jedoch nicht notwendigerweise erweitert und verschränkt. Nicht zuletzt bei den Diskussionen um die Polykrise wird erneut deutlich, dass Debattenstränge und Argumentationsketten häufig disziplinär fokussiert bleiben. So gilt die Polykrise manchen als Alleinstellungsmerkmal der letzten Jahre, ohne anhand von historischen Studien zu reflektieren, dass auch die 1970er Jahre eine Gleichzeitigkeit systemgefährdender Krisen kannten. Bewerten politikwissenschaftliche Analysen Krisenmaßnahmen wie die Aufbau- und Resilienzfazilität (dem „Herzstück“ von NextGenerationEU (NGEU))² als eine integrationspolitische Weiterentwicklung, so stellen JuristInnen Fragen nach der rechtlichen Basis und ÖkonomInnen nach den wirtschaftlichen Erfolgsaussichten. Dies geschieht oft jedoch ohne das Bündeln dieser unterschiedlichen Zugänge und interdisziplinären Austausch. Dabei können gerade breitere Analysen helfen, Kernfragen der europäischen Integration zu beantworten. Beispielhaft zeigten sich – je nach theoretischer, ideengeschichtlicher Grundlage der AutorInnen – unterschiedliche Konzeptionen und Grundverständnisse der „Europäischen Union“, ohne diese jedoch gezielt voneinander abzugrenzen. Ist die EU beispielsweise „kein Bundesstaat, sondern ein Projekt im Werden“ (Kielmansegg 2021), ein „Kollektiv“ und „politischer Körper“ (van Middelaar 2021, S. 24) oder ein „gescheiterter Superstaat“ und „scheiterndes Imperium“ (Streeck 2021, S. 33 f.)? Einig scheint diesen grundlegenden Beiträgen nur zu sein, dass die EU „kein Staat“ (Lionello 2020, S. 62) im herkömmlichen Sinne sei.

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie“ in diesem Jahrbuch.

2 Der Economist (15.7.2021) vermutet einen Zusammenhang zwischen Namen und Bedeutung von EU-Programmen, der beim Setzen eigener Schwerpunkte helfen kann: „je alberner der Name, desto größer die Bedeutung“. Nicht nur Trekkies (Fans der Star Trek-Reihe) dürften folglich bei der Programmreihe „NextGenerationEU“ aufhorchen; vgl. hierzu auch den Beitrag „Der Wiederaufbauplan der Europäischen Union“ in diesem Jahrbuch.

Das Krisenmotiv – Ein beständiges Leitbild wissenschaftlicher Analysen

Erneut stellen die Krisen der EU einen Fokuspunkt wissenschaftlicher Betrachtungen dar. Auch wenn wir bereits mehrfach festgestellt haben, dass die Integrationsgeschichte von fortlaufenden Krisen begleitet worden ist, so weichen Auflistungen und Beurteilungen der Krisen vor der Covid-19-Pandemie je nach Definition und Analyse voneinander ab. Van Middelaar (2021, S. 15 f.) sieht beispielsweise vier Krisen im Krisenjahrzehnt: die Banken- und Eurozonenkrise, die Ukrainekrise, die „Migrationskrise“ und die atlantische Krise (von Brexit³ bis zum Ende der Präsidentschaft Donald Trump). Bei ihm findet die „Demokratiekrise“, wie wir sie in den vergangenen Jahren wiederholt besprochen haben, jedoch keinen Platz. Grundsätzlich sehen beispielsweise Schäfer und Zürn (2021, S. 89 ff.) eine „Krise der Repräsentation“ und beschreiben eine „entfremdete Demokratie“. Gemein ist den unterschiedlichen Ansätzen jedoch die Gleichzeitigkeit mehrerer Krisen. Riddervold, Trondal und Newsome (2021, S. v) stellen in ihrem Handbuch zu den Krisen der EU hingegen fest, dass die heutige Krisenlage aufgrund ihrer „Vielfalt, Intensität und Bereichs-übergreifenden Natur“ doch einzigartig sei. Diese Sichtweise wird von einer Vielzahl von Analysen untermauert, so beispielsweise zu den Institutionen (Kassim und Tholoniati 2021; Lewis 2021; Trondal et al. 2021) oder unterschiedlichen (Politik-)Feldern wie der Finanzkrise (Caporaso 2021; Newsome et al. 2021; Olsen und Rosén 2021; Stenstad und Tranøy 2021), der „Migrationskrise“ (Bosilca 2021; Schilde und Goodman 2021) oder dem Brexit und der Außenpolitik. Neben diesem Überblick findet sich eine Vielzahl von Beiträgen zu unterschiedlichen Krisenaspekten. So analysieren Croucher et al. (2021) die Krisenpolitik der Mitgliedstaaten und der Union. Einen Policy-Blickwinkel nehmen auch Sominski und Trauner (2021) ein und stellen einen Wechsel zu „soften“ (weichen) Regelungen im Bereich der Rückführungspolitik der Europäischen Union während der „Migrationskrise“ fest, welcher eine schnellere Reaktion erlaubte. Einen interessanten Ansatz zur Analyse von Krisendynamiken legt Wallaschek (2020) vor, indem er den Solidaritätsdiskurs während der Euro-Krise und der „Migrationskrise“ analysiert und wesentliche Unterschiede aufzeigt. Einen von Integrationstheorien geleiteten Ansatz zur Erklärung und Bewertung des „Krisenjahrzehnts“ verfolgen die AutorInnen im Sammelband von Brack und Gürkan (2020). Dabei werden neben neo-funktionalistischen (Lefkofridi und Schmitter 2020) und intergouvernementalen (Hodson 2020) auch übergreifende Erklärungsansätze wie die zunehmende Politisierung (Rauh 2020) im „Jahrzehnt der Krisen“ (Luo 2020) thematisiert.

In einem Überblick ist erneut eine erhebliche Spannweite an umfassend angelegten Gesamtanalysen zu beobachten, die jedoch in ihrer jeweiligen Disziplin verweilen. Mit einer gewissen vergnüglichen Spannung lassen sich so erhebliche Kontroversen im Vorgehen und der Argumentationskette nachvollziehen. Verblüffend ist immer wieder festzustellen, dass diese Beiträge jedoch kaum direkte Konfrontationen mit anderen Denkschulen suchen.

Zum Grundverständnis des Mehrebenensystems – Die EU-Architektur in Gefahr?

Aus den Verfahren und Formen des Krisenmanagements lässt sich ein breit und tief angesiedeltes Grundverständnis der EU (siehe dazu auch immer noch lohnend: Schneider (1992, 2000, 2007) als notwendige Problemlösungsebene erkennen, vielleicht sogar die Bestätigung der These von der EU als „Rettung des Nationalstaats“ (Milward 2000). In

3 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Brexit“ in diesem Jahrbuch.

einer Fortführung dieses Gedankens wird „die Europäische Bewahrung des Nationalstaats in einer gefestigten EU in Zeiten der Globalisierung“ festgestellt (Gehler 2020, S. 331). Losgelöst von einer entsprechenden Qualifizierung der EU entfachte sich eine grundlegende Diskussion (Storr 2020) um die konstitutionelle Natur der EU als Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom Mai 2020 (Bundesverfassungsgericht 2020), in dem die judikative Letztverantwortlichkeit des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) für die Rechtsgemeinschaft infrage gestellt wurde (Feichtner 2021). Belebt wurde diese Debatte durch die Einleitung eines diesbezüglichen Vertragsverletzungsverfahrens der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland. Direkt oder indirekt stellen AutorInnen in ihren Beiträgen so die fundamentale Frage der Machtverteilung nicht nur zwischen den beteiligten „höchsten“ Gerichten, sondern auch im Integrationsprozess des EU-Mehrebenensystems. Unter Nutzung dieses in den Sozialwissenschaften gängigen Verständnisses sieht Nettesheim (2021, S. 1) „das Prinzipal-Agent-Verhältnis gesprengt, wenn die EU-Mitgliedstaaten die Kontrolle über das Verhalten ihrer Beauftragten verlören“. Schon Höpner (2020) kommentierte das Urteil wohlwollend und identifizierte eine Diskrepanz zwischen vertraglicher Kompetenzverteilung und tagespolitischem Alltag im Euroraum.

In lang tradierter Sorge deutscher VerfassungsrechtlerInnen vor einem fast unmerklichen Prozess der Zentralisierung, dem „competence creep“ (Garben 2019; Prechal 2010; Weatherill 2004), wenden sich auch im Kontext dieser Debatte 29 deutsche StaatsrechtlerInnen (Burgi et al. 2021) mit einer Kritik des Vertragsverletzungsverfahrens zu Wort. So sei darauf zu achten, dass durch Vertragsverletzungsverfahren keine Vertragsänderungen durch die Hintertür erfolgen dürfen; die sogenannte „Kompetenz-Kompetenz“ müsse bei den Mitgliedstaaten auf intergouvernementaler Ebene verbleiben. Diese Sichtweise bleibt jedoch nicht unumstritten, denn gerade aus Europarechts-Perspektive wird auch das Urteil des BVerfG als mögliche Gefahr für die europäische Integration kritisiert (Mayer 2020).

In der Entwicklung von Argumentationslinien in wissenschaftlichen Beiträgen und Kommentaren werden auch Grundverständnisse des Integrationsprozesses wiederholt aufgegriffen. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive ist dabei herauszustellen, dass (oftmals ohne weitere Belege oder Ableitungen) Annahmen über das „Wesen der Europäischen Union“ („Club“ [Nettesheim 2021], „Staatenverbund“ [Kirchhof 2021], „Ziel der Föderation“ [Rossolillo 2020]) formuliert werden, aus denen dann fast schon tautologisch Schlussfolgerungen für die Rechtmäßigkeit dieser Argumentationslinien gezogen werden. Zu finden sind darüber hinaus Anregungen, auch traditionelle Konzepte wie „Imperium“ (Streeck 2021, S. 331) erneut auf das EU-System anzuwenden. Ebenso wird anhand der Positionierung zur Frage der europäischen Integration eine neue gesellschaftliche und politische Trennlinie (neben beispielsweise der links-rechts Positionierung) vorgeschlagen, die einen Teil der Grundsatzfragen-Diskussion abbilden kann (Fourquet 2019).

Die Covid-19-Pandemie – Krise mit Integrationspotenzial?

Wie fast alle Bereiche des alltäglichen und des wissenschaftlichen Lebens hat die „neuartige und historische“ Covid-19-Pandemie (Kaelble 2021) auch im vergangenen Jahr die Diskussionen und Entwicklungen im Bereich der (deutschen) Europapolitik maßgeblich geprägt.⁴ So attestieren Böttger und Jopp der deutschen Ratspräsidentschaft im Zeichen

4 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie“ in diesem Jahrbuch.

des notwendigen Krisenmanagements viele Erfolge im Bereich des Wiederaufbaus sowie eine „selektive Supranationalisierung“, welche neue Integrationspotenziale eröffnet habe (2021a, S. 20 f.). In allgemeineren Betrachtungen zur schnellen Reaktion der Mitgliedstaaten und des europäischen Systems zu Beginn der Pandemie stellen beispielsweise Wolff und Ladi (2020, S. 1029) fest, dass die EU durch das Krisenjahrzehnt adaptionsfähiger geworden sei. Auch Jones et al. (2021, S. 1) konstatieren, dass die EU – trotz wiederkehrender Startschwierigkeiten – bisher aus jeder Krise mit zusätzlichen, wenn auch oftmals beschränkten Kompetenzen hervorgegangen sei, indem sie den „failing forward“-Ansatz (Jones et al. 2016) wieder aufgegriffen haben. Rhodes (2021) widerspricht diesem Ansatz und findet in seiner Analyse der Krisenbewältigungspolitik Belege für die erfolgreiche Innovationsfähigkeit des Integrationsprojektes. Gerade die Projekte NextGenerationEU, SURE und EU4Health könnten eher unter „succeeding forward“ zusammengefasst werden (ebd., S. 17). Ob sich dieser explizit positive Ansatz neben die Vielzahl an Betrachtungswinkeln der Krisenpolitik (beispielsweise „pragmatische“ [Boin und Lodge 2021], „geschlechtskritische“ [Waylen 2021] oder „narrative“ [Mintrom et al. 2021; Narlikar und Sottilotta 2021]) stellen kann, werden die kommenden Jahre zeigen. Die Vielzahl der theoretischen und methodischen Ansätze zur Analyse der Covid-19-Pandemie zeigen jedoch jetzt schon deutlich, dass auch die wissenschaftliche Gemeinschaft die Bedeutung dieses Themas anerkennt.⁵

Zu den unterschiedlichen europäischen Antworten auf die Covid-19-Pandemie finden sich eine Reihe von Arbeiten. So werden die Spill-over-Effekte für das 750 Mrd. Euro umfassende Programm der Aufbau- und Resilienzfazilität⁶ (Europäische Kommission 2021) analysiert. Picek (2020, S. 331) kommt dabei zu dem Schluss, dass nur ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten – aufgrund deren wirtschaftlicher Verschränkung – eine effektive Nutzung der Mittel verspricht. Unterschiedliche AutorInnen stellen dabei die Besonderheit der europäischen Kreditaufnahme heraus, dennoch wäre für Codogno und van den Noord (2020) ein dauerhaftes Instrument wie Eurobonds effektiver. Auch die Frage, ob es durch NextGenerationEU zu einem „Hamiltonian“-Moment⁷ gekommen sei, ist weiterhin umstritten (Rodrigues und Balate 2021, S. 92, 170). Fest steht jedoch, dass zur Unterstützung der nationalen Krisenbewältigungspolitiken die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zeitweise außer Kraft gesetzt wurden (Busch und Kauder 2021; Moschella 2020). Busch und Kauder (2021, S. 66) sehen aber darüber hinaus erheblichen Reformbedarf für den Stabilitäts- und Wachstumspakt und betonen die Bedeutung der staatlichen Schuldenquote für den Wirtschafts- und Währungsraum.

Auch wenn die EU die Pandemie nutzt, um gemeinsame Lösungen zu finden und die Kompetenzen supranationaler Institutionen zu stärken, konnte gerade die Bedeutung von Konfliktlinien auf intergouvernementaler Ebene und Aktivitäten des Europäischen Rates beispielsweise durch Process-Tracing-Ansätze (Wessels und Hopp 2021) herausgestellt werden. Dieser hat sich erneut wie bei vorangegangenen Krisen als „transformative force“ erwiesen (Wessels 2021b). Von Interesse war hier insbesondere auch die Rolle, die der

5 Zur Übersicht über einige aktuelle Analysen empfehlen wir die Durchsicht der Think Tank Review (englisch) des Europäischen Rates und des Rates, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/documents-publications/library/library-blog/think-tank-review/> (letzter Zugriff: 24.9.2021), oder die verstärkt erscheinenden Sonderausgaben wissenschaftlicher Fachzeitschriften.

6 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Der Wiederaufbauplan der Europäischen Union“ in diesem Jahrbuch.

7 Christian Raphael et al.: Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels: Jahrbuch der Europäischen Integration 2020, Baden-Baden 2020, S. 31–48.

Europäische Rat in den neu eingeübten Regierungsmechanismen („governance mechanisms“) der Aufbau- und Resilienzfähigkeit spielte (Wessels und Hopp 2021).

Eine Analyse der öffentlichen Meinung zu NGEU in den Mitgliedstaaten der „sparsamen Fünf“ (Dänemark, Finnland, die Niederlande, Österreich und Schweden) zeigt, dass gerade diese Staaten das Potenzial haben, verstärkt gegen Korruption und Missmanagement vorzugehen (Dennison und Zerka 2020). So könne der skeptischen Haltung zur Verwendung der Hilfsgelder entgegengewirkt und langfristig für europäische Solidarität geworben werden. De la Porte und Jensen (2021) identifizieren hingegen drei inhaltliche Konfliktlinien entlang der Fiskal-, Rechtsstaats- und Policy-Dimension. Diese Konflikte bestünden auch nach der Einigung über das Hilfspaket weiter, böten jedoch das Potenzial, durch fortlaufende Auseinandersetzungen auch eine Verstärkung von NGEU zu diskutieren (ebd., S. 399). Wenn wir auch auf ein baldiges Ende der Covid-19-Pandemie hoffen, so scheint es, als ob uns die Krisenbewältigungspolitik in politikwissenschaftlichen Debatten noch lange begleiten wird.

Analysen der EU-Institutionen – Zwischen Pandemiebetrachtung und wissenschaftlicher Routine

Mit Blick auf die EU-Institutionen können eine Reihe verschiedener Schwerpunkte wissenschaftlicher Betrachtung identifiziert werden. Nachdem 2020 noch ein Schwerpunkt auf die Nachwahlbetrachtung von 2019 gelegt worden war, ist die Debatte 2021 weniger von einem großen Thema geprägt – auch wenn die Covid-19-Pandemie sicherlich in vielen Fällen mitschwingt.

So analysiert Gaudeul-Ehrhar (2021) den Fortschritt, den die Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen bislang hinsichtlich ihrer im Dezember 2019 selbst gesteckten Ziele – auch im Licht der Pandemie – gemacht hat. Insbesondere in den Feldern der Klimapolitik⁸ sowie der Digitalisierung⁹ bescheinigt Gaudeul-Ehrhart der Kommission, die Gelegenheit genutzt und diese Kernpunkte der eigenen Agenda oben auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Insbesondere im NGEU-Aufbauprogramm lasse sich diese Priorisierung finden. Koop et al. (2021) fragen, ob, beziehungsweise wie, eine solche Priorisierung vonseiten der Kommission durch Innenpolitik beeinflusst sei. Dabei finden sie eine Resonanz auf nationale Themen, die von der Kommission durch zielgerichtete Reaktionen, aber auch ein gewisses Maß an Zurückhaltung geprägt ist. Hartlapp und Blome (2021) schauen sich die Repräsentation von Frauen in höchsten Ämtern der Europäischen Kommission an und identifizieren Schwierigkeiten, aber auch Lösungsansätze, um einer Geschlechterparität in Zukunft näher zu kommen. Ebenso lösungsorientiert analysieren Cotroneo et al. (2021) den Gender Gap insgesamt im öffentlichen Sektor der EU sowie der Mitgliedstaaten, indem auch sie politische Gegenmaßnahmen präsentieren.

Das Europäische Parlament bleibt weiterhin – vor allem im deutschsprachigen Raum – Diskussionsgegenstand hinsichtlich des Spitzenkandidatenverfahrens. So präsentieren Edthofer und Schmidt (2021) erneut die Vorzüge dieses Ansatzes, durch die Verbindung von Europawahlen und Kommissionspräsidentenschaft eine größere demokratische Legitimierung der EU herzustellen. Schäfer und Zürn (2021, S. 216) fordern, das Spitzenkandidatenprinzip nicht als „isolierte Einzelmaßnahme“, sondern als ein Teil einer „breiteren

8 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Umwelt- und Klimapolitik“ in diesem Jahrbuch.

9 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Digitale Agenda und Cybersicherheit“ in diesem Jahrbuch.

Strategie“ anzugehen. Ebenso findet sich auch weiterhin der Vorschlag, transnationale Listen in zukünftigen Europawahlen einzusetzen. Einen aktuellen Stand über die Diskussion und die mögliche Ausgestaltung der Listen liefert Díaz Crego (2021).

Die Rolle des Europäischen Rates¹⁰ findet weiterhin Aufmerksamkeit.¹¹ Drachenberg und Vrijhoeven (2021) vergleichen die Einbeziehung des Europäischen Rates in die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU 2021–2027 mit denjenigen zum MFR 2014–2020. Sie attestieren ihm weiterhin eine zentrale Rolle in allen Phasen der Verhandlungen. Im Vergleich zum vorherigen Verhandlungsprozess habe der im Dezember 2020 abgeschlossene MFR jedoch eine noch präsentere Position auf der Agenda der Staats- und RegierungschefInnen eingenommen (Drachenberg und Vrijhoeven 2021, S. 23). Drachenberg und Phillips (2021) analysieren zudem die Twitter-Aktivitäten der Mitglieder des Europäischen Rates angesichts der Beobachtung, dass nationalstaatlichen Themen auf Twitter regelmäßig größere Beachtung geschenkt wird als europapolitischen Themen. Beach und Smeets (2020) leisten einen weiteren Beitrag zum Verständnis der Krisenpolitik des Europäischen Rates. So arbeiten sie mithilfe eines „New Institutional Leadership“-Modells heraus, dass der Europäische Rat krisenbedingte Beschlüsse stets an die übrigen zentralen EU-Institutionen delegierte, die diese als „Maschinenraum“ (Beach und Smeets 2020, S. 838) in bindende Reformen umsetzten. Diese Vorgehensweise führe zu einer Stärkung dieser EU-Institutionen. Da sich die Analyse auf das vergangene Jahrzehnt bezieht, wird es interessant zu sehen sein, ob das Modell auch auf die Krisenpolitik des Europäischen Rates in der Covid-19-Pandemie angewendet werden kann.

Brexit – Weitreichende Folgen des fortlaufenden Desintegrationsprozesses

„Der Brexit ist geschafft“ (Menon 2021, S. 2), sodass die theoretischen Überlegungen nun den empirischen Arbeiten zu den Folgen des Brexits für die EU der 27, die Mitgliedsstaaten, aber auch das Vereinigte Königreich weichen können. Zu diesen ersten Arbeiten zählen sowohl Analysen der Verhandlungen (Barnier 2021) als auch der Verhandlungsergebnisse oder der Auswirkungen auf interne wie externe Differenzierung (Wachowiak und Zuleeg 2021).

Den besonderen Stellenwert kultureller Einflüsse auf die Verhandlungsstrategie des Vereinigten Königreichs unterstreichen Martill und Staiger (2021, S. 261). So habe das Vereinigte Königreich durch die harte und unnachgiebige Verhandlungsführung, erklärbar durch die politisch-kulturelle Prägung der Gesellschaft, nur ein suboptimales Ergebnis erzielt. Auch Morris unterstreicht in einer ersten Analyse des Einigungspapiers, dass durch den „dünnen Kompromiss“ lediglich die Nachteile eines No-Deals abgewendet (eine vertiefende Analyse zum Austrittsabkommen und dem drohenden No-Deal bei: Martill [2021]), nicht aber das volle Kooperationspotenzial ausgeschöpft worden sei (Morris 2020, S. 2). Dem entgegen betonen Fabbrini und Zaccaroni (2021, S. 265) einen erkennbaren europäischen Anspruch für verstärkte Zusammenarbeit, wenn auch der Kooperationsvertrag hinter diesem Anspruch zurückbleibe. Die Gestaltungshoheit und Schlüssel-

10 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Europäischer Rat“ in diesem Jahrbuch.

11 Regelmäßiger Analysegegenstand ist der Europäische Rat insbesondere in den Beiträgen des European Parliamentary Research Service, abrufbar unter: <https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/en/stay-informed/research-and-analysis> (letzter Zugriff: 24.9.2021) sowie den Policy Briefs des TRACK Projektes, Universität zu Köln: TRACK – Teaching and Researching the European Council, abrufbar unter: <https://track.uni-koeln.de/de/publications/policy-briefs> (letzter Zugriff: 24.9.2021).

kompetenz zur Formulierung von Leitlinien dieser Zusammenarbeit sehen Bujard und Wessels (2021) dabei deutlich beim Europäischen Rat: Die Staats- und RegierungschefInnen hätten ein klares Narrativ zwischen Mitgliedstaaten und Nichtmitgliedern herausgearbeitet und eine „Doktrin“ zum Austritt formuliert. Schuette (2021, S. 13–14) stellt – in direkter Abgrenzung zur intergouvernementalen Sichtweise wie bei Bujard und Wessels – die Rolle der Europäischen Kommission heraus, die durch gezielte Einflussnahme Einigkeit unter den Mitgliedstaaten ermöglicht und gefördert habe.

Das Ergebnis der Verhandlungen in unterschiedlichen Politikfeldern, aber auch der öffentlichen Meinung, betrachten WissenschaftlerInnen in der Zusammenstellung „Brexit and Beyond“ (UK in a Changing Europe 2021). Aber auch ausführliche juristische Analysen zum Einigungspapier sowie den weiterhin bestehenden Streitfragen (Dougan 2021) oder zum Artikel 50 EUV (Papageorgiou 2021) werden vorgelegt.

Irland¹² bleibt ein wichtiges Thema bei den Analysen der Einigungen zum Brexit und in der politischen Arena (Murphy 2021). Während die Nordirland-Frage zu bisher unvorhersehbaren Verhandlungsergebnissen führen könne (Connolly und Doyle 2021) und eine neuartige Verantwortung der EU gegenüber einem „Drittland“ schaffe (Hayward 2021), verkompliziere gerade der Einfluss der öffentlichen Meinung in (Nord-)Irland politische Verhandlungen (Connolly und Doyle 2021, S. 11).

Die Zukunft des Vereinigten Königreiches in der Welt und im Zusammenspiel mit der EU wird aus unterschiedlichen Perspektiven analysiert. Während Whitman (2020, S. 226) von einem „Durchwursteln“ („muddling through“) ausgeht, sehen Major und von Ondarza (2021, S. 4) eine wachsende Bedeutung der NATO für die Sicherheitspolitik und internationale Sichtbarkeit des Vereinigten Königreiches anstelle der EU. Alternativ entwirft Scazzeri (2021) eine Art Fahrplan für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik. Auch er betont jedoch die aus seiner Sicht wenig erfolgversprechende Priorisierung von NATO und G7. Gamble (2021) sieht ebenfalls Kooperationspotenzial im Bereich der Sicherheitspolitik, steht einer von Brexiteers angestrebten „Anglosphäre“ mangels Kooperationsbereitschaft jedoch skeptisch gegenüber. Der Sammelband von Chaban, Niemann und Speyer (2020) verfolgt eine globale Perspektive und schafft es, die eurozentrische Sichtweise der Arbeiten zum Brexit nach der „heißen Verhandlungsphase“ ebenso sinnvoll zu ergänzen, so beispielsweise durch Beiträge zum Tourismus-Sektor (Coles 2021) oder aus intersektional-feministischer Perspektive (Galpin 2021).

Einen Blick in die Zukunft des europäischen Projektes wirft Duff (2021), der im Brexit einen Verlust für die EU, aber auch ein klares Reformpotenzial erkennen kann. In selber Ausrichtung fordern Krotz und Schramm (2021) eine Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, um die Union zukunftsfähig aufzustellen.

Die Konferenz zur Zukunft Europas – Zwischen Pandemie und Institutionenstreit

Einen weiteren Diskussionsschwerpunkt bildete die Konferenz zur Zukunft Europas, die am 9. Mai 2021 offiziell startete (Göbel 2021).¹³ Zunächst wird im wissenschaftlichen Diskurs anerkannt, dass der Beginn der Konferenz 2021 trotz weiterhin bestehender pandemischer Rahmenbedingungen nicht erneut verschoben werden musste (von Ondarza und Ålander 2021, S. 1). Die Dringlichkeit einer Reforminitiative sei ungebrochen.

12 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Irland“ in diesem Jahrbuch.

13 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Konferenz zur Zukunft Europas“ in diesem Jahrbuch.

Insgesamt zeigt sich eine allgemeine Skepsis hinsichtlich des gewählten Formats sowie der andauernden pandemiebedingten Einschränkungen. Zentrale Kritikpunkte sind zum einen die „unterschiedlichen Vorstellungen der drei zentralen EU-Institutionen“ (ebd., S. 6) – Europäisches Parlament, Rat und Europäische Kommission –, die sich nicht nur auf inhaltliche Fragen beziehen, sondern auch auf das „Ambitionsniveau“ (ebd., S. 1). Grundsätzlich werde die Struktur der Konferenz durch die Institutionen unterschiedlich interpretiert. Darüber hinaus wird die Frage aufgeworfen, ob die EU weiterhin nur in „akute[n] Krisensituationen zu Reformen fähig ist“ (ebd.). Neben der ungeklärten Rolle der einzelnen EU-Institutionen wird auch die als „hybrid“ charakterisierte Konstruktion kritisiert, die neben interinstitutionellen Verhandlungen BürgerInnen-Dialoge vorsieht (Wuermeling 2021, S. 158). Gerade hierin zeige sich das Problem der nicht eindeutigen Zielsetzung der Konferenz, da „in einer pluralistischen Demokratie kein Konsens der Bürger[Innen] erwartet werden“ (ebd.) könne. Die Dialoge führten vielmehr zu einem Ergebnisbericht und nicht zu einem „echten europäischen Reformimpuls“ (von Ondarza und Ålander 2021, S. 7). Die Gefahr bei einem Ausbleiben eines solchen Impulses bestehe in einem „Schaden für die demokratische Legitimation“ (ebd.) der EU.

Beiträge in historischen Perspektiven

Eine kurze Geschichte der europäischen Integration legt Böttcher (2021) mit „Europa 2020. Von der Krise zur Utopie“ vor, in der das Jahrzehnt von 2010 bis 2020 mit Blick auf sechs verschiedene Krisen analysiert wird. Insbesondere die Kapitel zur Covid-19-Pandemie, zum Brexit sowie zur „Natur als Politik“ verdeutlichen die anhaltende Bedrohungslage für das europäische Projekt und stellen das Werk auch neben die bereits erwähnte Krisenliteratur. Böttcher hypothetisiert provokativ, dass die EU in ihrer derzeitigen Form keine Zukunft habe. Nur durch eine Neugründung könne das Projekt gerettet werden.

Einen längeren Zeitraum analysiert Anderson (2021) in „Ever Closer Union? Europe in the West“, indem er den Ersten Weltkrieg als Ausgangspunkt wählt, jedoch ebenso immer wiederkehrende Krisen aufzeigt. Als Schlüssel für Analysen nutzt er dabei theoretische Ansätze, deren Wurzeln er bei Staatsmännern wie Klemens Wenzel Lothar von Metternich oder Niccolò Machiavelli sieht. Die Frage der „ever closer Union“ beantwortet er dabei mit Blick auf den Brexit und die Vereinbarkeit von „Brüssel“ und dem Westminster-System.

Einen weiteren Blick auf den Brexit aus der ersten Reihe ermöglicht der ehemalige EU-Chefunterhändler für den Brexit, Michel Barnier (2021), mit seinem Buch „Die große Illusion – Geheimes Tagebuch des Brexits“. ¹⁴ Barnier spart hier nicht mit Kritik an den britischen VerhandlungspartnerInnen, allerdings wird auch die Rolle einzelner VertreterInnen der EU kritisch betrachtet. Von zunehmendem Interesse – gerade auch seit Beginn der Pandemie – sind multi-mediale und leicht Zugängliche online-Beiträge aus der Wissenschaft. Zu nennen sind hier insbesondere der Podcast „Europas Weg“ von Schorkopf (2021) zur Verfassungsgeschichte der EU sowie die Dokumentationsreihen des europäischen Think-Tanks Trans European Policy Studies Association (TEPSA 2021).

Allgemein lässt sich feststellen, dass sich die Krisengeschichte der EU auch in historischen Betrachtungen fortsetzt.

14 Das Buch ist nicht zuletzt auch aufgrund der Ambitionen Barniers, in den Wahlkampf um das Amt als französischer Staatspräsident einzusteigen, von aktuellem Interesse.

Standardwerke und Lehrbücher

Als Standardwerk ist in der 15. Auflage das Taschenbuch der europäischen Integration „Europa von A bis Z“ herausgegeben von Weidenfeld, Wessels und Tekin (2020) nun auch in gedruckter Form erschienen. Ein weiteres vollständig überarbeitetes und aktualisiertes Nachschlagewerk ist das „Handbuch zur deutschen Europapolitik“ von Böttger und Jopp (2021b), das in der 2. Auflage vorliegt. In der 3. Auflage ist das Sammelwerk „The Member States of the European Union“ von Bulmer und Lequesne (2020) erschienen. Hervorzuheben ist hier das vollständig überarbeitete Kapitel zum Vereinigten Königreich, das im Hinblick auf die Hintergründe des Brexits analysiert wird. In der 8. Auflage ist „Policy-Making in the European Union“ von Wallace et al. (2020) erschienen. Neu sind hier eigene Kapitel zu den Themen „Digitalpolitik in der EU“ sowie „internationale Entwicklungspolitik der EU“.

Von Rittberger (2021) stammt das Taschenbuch „Die Europäische Union. Politik, Institutionen, Krisen“, in dem die Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses und die heutige Funktionsweise der EU vor dem Hintergrund verschiedener Krisen beleuchtet wird. Das Lehrbuch „Das politische System der Europäischen Union“ von Wessels (2021a) erscheint gebunden in der 2. beziehungsweise online in der 3. Auflage. Die online laufend aktualisierten Kapitel wie auch die gebundene Fassung bieten Einführungen in die Funktionsweisen der EU-Institutionen sowie Übersichten über die aktuelle Krisenpolitik der EU. Von de Vries et al. (2021) wird in der ersten Auflage ein Lehrbuch zur Funktionsweise europäischer Politik aus einer dezidiert vergleichenden Perspektive vorgelegt. Mit Blick auf einzelne EU-Institutionen ist in der 2. Auflage von Maurer et al. (2021) „Das Europäische Parlament. Handbuch für Wissenschaft und Praxis“ erschienen. Herausgegeben von Schrötter (2020) ist die 3. Auflage von „Europa. Das Lexikon“ veröffentlicht worden.

Außenpolitische Analysen – Die Türkei als beständiger Problemfall

Im vergangenen Jahr wurden erneut Arbeiten zu den unterschiedlichen Weltregionen und Politikfeldern der Außenpolitik vorgelegt. So finden sich neben kontinuierlich aufgegriffenen Schwerpunkten wie den EU-Afrika-Beziehungen¹⁵ (Mattheis und Kotsopoulos 2020), den Beziehungen zur Volksrepublik China¹⁶ (Cottey 2021; García-Herrero 2020; Gurol und Starkmann 2021; Kuus 2020) oder der Politisierung europäischer Entwicklungszusammenarbeit (eine Sonderausgabe des Journal of Common Market Studies: Hackenesch et al. [2021]) wiederholt erkennbare Schwerpunkte zum noch-Beitrittskandidaten Türkei¹⁷ (Lippert 2021).

Einen allgemeinen Überblick liefert ein Sammelband von Reiners und Turhan (2021), in dem sowohl allgemeine Trends und theoretische Überlegungen (u.a. Tekin 2021), als auch politikfeldspezifische (Sartori 2021; Torun 2021) und institutionelle Aspekte (Bürgin 2021; Kaeding und Schenuit 2021; Turhan und Wessels 2021) dieser besonderen Beziehungen beleuchtet werden. Einen wiederkehrenden Streitpunkt der Partnerschaft bildet die Zollunion (Adar et al. 2020; Tsarouhas 2021), zu deren Wirksamkeit und Modernisierungsbestrebungen unterschiedliche Szenarien entworfen werden. Allgemein scheinen die Analysen eine Verstärkung transaktionaler Elemente – eine Zweckbeziehung

15 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Afrikapolitik“ in diesem Jahrbuch.

16 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Europäische Union und China“ in diesem Jahrbuch.

17 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Türkei“ in diesem Jahrbuch.

anstelle einer auf Wiederaufnahme des Beitrittsprozesses gerichteten Deeskalation – festzustellen. Soler i Lecha (2021) argumentiert sogar, dass die Türkei verstärkt als Rivale oder sogar feindlicher Akteur gesehen werde. Auch das komplizierte Verhältnis zwischen Russland und der Türkei, wechselnd zwischen Rivalität und Zweckbündnis, stelle eine besondere Herausforderung für die europäische Nachbarschaftspolitik dar (Baev 2021; Deen und van Heukelingen 2021). An dieser Stelle sei auch der Hinweis auf die wissenschaftliche Diskussion um die „strategische Autonomie“ der türkischen (Gaspardo 2021), aber vor allem der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik¹⁸ (Koenig 2021) gegeben. So wird vor allem in Bezug auf die Türkei eine zunehmende Handlungsnotwendigkeit der europäischen Institutionen, aber auch noch Raum für eine engere Bindung an die Union attestiert (Paikin und Rose 2021, S. 11).

Das Stichwort der strategischen Autonomie (Lange und Vanhoonacker 2021) ist zudem über das Thema Türkei hinaus von zunehmender Bedeutung. So folgert Tocci (2021, S. 23) aus einer Betrachtung der Entwicklung des internationalen Systems die unabdingbare Notwendigkeit zur strategischen Autonomie. Unterschiedliche Einschätzungen lassen sich hier insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich erkennen: Während von französischer Seite eine größere Autonomie befürwortet wird, gilt diese nach deutscher Lesart als „illusorisch“ (Kaim und Kempin 2020). Berger (2020, S. 26) betont für Europas „Weg zur Gestaltungsmacht“ insbesondere eine notwendige Autonomie in den vier Bereichen Technologie, Gesundheit, Währung und Ökonomie. Er schlussfolgert, dass das Erreichen einer Souveränität eine „Stärkung Europas auf allen Ebenen“, nicht jedoch eine „Beschränkung der Souveränität anderer internationaler Akteure“ bedeute (ebd.).

In eine ähnliche Richtung gehen auch grundsätzliche Fragen zu einer Bewältigung zukünftiger Krisen durch ein erhöhtes Maß an Resilienz vonseiten der EU.

Die europäische Klima- und Energiepolitik – Zwischen strategischer Autonomie und Pariser Klimavertrag

Bei der EU-Klima- und Energiepolitik handelt es sich seit Jahren um ein Themengebiet, in dessen Kontext verschiedene Fragestellungen weiterentwickelt werden. Daneben bringt es aufgrund aktueller (politischer) Initiativen und externer Entwicklungen jedoch auch immer wieder neue Diskussionen hervor und stellt die Energiepolitik in den Kontext außen- und sicherheitspolitischer Betrachtungen. Mit Blick auf die europäische Souveränität fallen hierunter auch die sicherheitspolitischen Aspekte aktueller und zukünftiger energiepolitischer Herausforderungen (Meißner et al. 2021, S. 61).

Eine Vielzahl an Beiträgen – insbesondere mit Fokus auf die europäische Energiepolitik – thematisiert Fragen der bereits angesprochenen strategischen Autonomie. Hierbei geht der Blick der Öffentlichkeit regelmäßig Richtung Russland als größtem Gaslieferanten der EU. Insbesondere der innereuropäische sowie transatlantische Streit um die Gaspipeline Nord Stream 2 findet auch in der wissenschaftlichen Betrachtung Widerhall. Dabei wird die „geo-ökonomische Macht“ – oder Ohnmacht – der Europäischen Kommission in diesem Konflikt analysiert (de Jong und Van de Graaf 2021). Durch innere konfligierende Positionen eröffnet sich der EU wenig Spielraum, gestaltend in den Konflikt einzugreifen. Vielmehr führen Inkonsistenz und eine zunehmend ablehnende Haltung gegenüber russischen Energieprojekten – die freilich nicht ohne russische

18 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ in diesem Jahrbuch.

Aggressionen gegenüber der Ukraine gedacht werden können – zu weiteren geopolitischen Spannungen¹⁹ (Siddi und Kustova 2021).

Einen weiteren Aspekt stellen die von Washington verhängten Sanktionen dar, die weniger die „strategische Handlungsfähigkeit“ (Westphal 2020, S. 2) der EU insgesamt, als vielmehr Deutschlands in Frage stellen. Die Beilegung der Differenzen zwischen Washington und Berlin im Juli 2021 hat dazu geführt, dass das Thema zumindest vorübergehend gelöst zu sein scheint. Shagina und Westphal (2021) weisen jedoch darauf hin, dass insbesondere Kiew und Warschau nicht in die bilaterale Übereinkunft einbezogen worden seien und diese weiterhin ablehnen. Ein „Grand Bargain“ über Nord Stream 2 (ebd.) sei nicht erreicht, da eine zukunftsgerichtete Russlandpolitik eine Einbeziehung der östlichen EU-Mitgliedstaaten bedeuten müsse (Stewart 2020). Neben dem Transport von Erdgas aus Russland kommt auch ein Einstieg Russlands in den „globalen Wasserstoff-Wettlauf“ (Zabanova und Westphal 2021) auf die Agenda der Wissenschaft. Nachdem auch die Europäische Kommission 2020 eine eigene Wasserstoffstrategie veröffentlicht hat, kann eine Verschärfung dieses Wettlaufs festgestellt werden. Auf eine weitere Facette der Erschließung von Rohstoffen, insbesondere von Erdgas und Öl, weisen Kluge und Paul (2020) hin, die Russlands Ambitionen, die Arktis in den kommenden 15 Jahren energetisch zu erschließen, darstellen. Hier lauern vor allem auch militärische Fallstricke.

Fragen der strategischen Autonomie stellen sich zudem auch mit Blick auf das Verhältnis zu den USA. Von zentraler Bedeutung sind die Beziehungen unter der neuen Administration unter Joe Biden nicht zuletzt auch mit Blick auf die internationale Klimapolitik. Die „Finalisierung der Regeln des Pariser Abkommens“ (Dröge 2020, S. 106) werde man nur gemeinsam durchsetzen können. Neben den USA wird auch die Notwendigkeit der Einbeziehung weiterer Staaten, insbesondere China, aber auch Brasilien, Australien und Saudi-Arabien betont (Dröge und Schrader 2021, S. 2). Nur so sei es möglich, die gesetzten Klimaziele zu erreichen. Die EU müsse hier im Sinne des Multilateralismus versuchen, möglichst viele Staaten zu involvieren.

Als Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft wird der Beschluss über verschärfte Klimaziele aus dem Dezember 2020 herausgestellt, der eine Reduktion der Treibhausgasemission in der EU bis 2030 um 55 Prozent gegenüber dem Emissionsniveau von 1990 festlegt (Böttger und Jopp 2021, S. 19–20). Auch hier stellt sich die Frage nach einem möglichen Einfluss der Covid-19-Pandemie. So fragen Dupont et al. (2020), ob es sich bei der gegenwärtigen Krise um einen „critical juncture“ für eine ambitioniertere EU-Klimapolitik handele. Die klimapolitischen Beschlüsse vom Dezember 2020 legen nach bisherigen ambitionsloseren Zielen den Schluss nahe, die Pandemie könne eine entscheidende Rolle gespielt haben. Mit Blick auf den bereits ein Jahr zuvor verabschiedeten Europäischen Grünen Deal, der die Beschlüsse bereits vorzeichnete, verneinen die Autoren diese Hypothese jedoch. Entscheidend für das Erreichen der Emissionsziele wird eine Umsetzung auf allen Ebenen der EU sein. So wird mittlerweile neben der offensichtlichen Verantwortung der EU und der Mitgliedstaaten auch die Rolle von Städten in der Klimapolitik betont. Als „Green Dealer“ seien sie in der Lage, die holistische Vision der Europäischen Kommission konkret mit Leben zu füllen (de Gregorio Hurtado 2021, S. 33–34). Badell und Rosell (2021) stellen schließlich die Frage, wie es um die Umsetzung grüner Politik einzelner EU-Institutionen steht. Dabei stellen sie fest, dass die Performance der

19 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Die Europäische Union und Russland“, „Ukraine“ und „Energiepolitik“ in diesem Jahrbuch.

zentralen Institutionen in den vergangenen Jahren insgesamt unterdurchschnittlich war. Insbesondere die Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker fiel durch mangelnde Compliance auf, ein beinahe ironisch wirkender Fakt zur Hüterin der Verträge.

Ausblick

Wenn auch keine abschließenden Antworten auf Grundsatzfragen gegeben wurden, können wir für die wissenschaftliche Debatte festhalten, dass sie sich erneut weiterentwickelt und von Jahr zu Jahr weiter differenziert hat.

In vielfältigen Beiträgen wird so über die Zukunft der Europäischen Union nach der Ära Merkel – eine dieser Kernfragen – spekuliert: Haben etwa die Krisenbeschlüsse einen historischen Meilenstein gelegt, der eine Änderung der Gangart von vorsichtigen kleinen Schritten (van Rompuy 2020), wie in der Monnet-Methode, zu einer großen Verfassungsstrategie begründet (The Federalist 2020, S.7)? Gelingt also die Ausrichtung auf ein gemeinsames Integrationsziel (Streeck 2021, S. 129) oder bewahrheitet sich die pessimistisch-provokante Analyse Streecks (2021), dass das Scheitern der Globalisierung in Abgrenzung zur EU zur Bildung von „kleinen, demokratischen und souveränen Nationalstaaten“ führen müsse? Lohnt es sich, Lehren aus den Entwicklungen der Gründungsphase der USA zu ziehen und die Notwendigkeit anzunehmen, für größere politische und fiskalische Einigungsschritte machbare Alternativen zu formulieren und eine für diesen politischen Wandel erforderliche, breite politische Koalition zu schmieden (Acemoglu und Robinson 2020, S. 20)? Eine Antwort auf diese Zukunftsfragen können wir nicht geben, uns die Fragen jedoch für die kommenden Jahre notieren und mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen.

Ebenso sind von zeitgeschichtlicher Relevanz kommende Analysen zum Wirken und zur Person Angela Merkels, die das viel rezipierte Krisenjahrzehnt als eine bedeutende Führungspersönlichkeit in der EU maßgeblich mitgeprägt hat. Doch nicht nur sie, auch ihre Nachfolge wird unter verstärkter Beobachtung stehen, wie auch das deutsch-französische Tandem oder neue Formen verstärkter intergouvernementaler Kooperation.

Analysiert wird so bereits, dass „der Übergang vom Kontinent zu einer echten Union, [...] unter dem Druck der Ereignisse immer wieder zu Überraschungen, großer Aufregung und unvorhersehbaren Wendungen“ (van Middelaar 2021, S. 183) führen werde. Dies verspricht ein weiterhin interessantes Forschungsfeld.

Die aus einem durch die Covid-19-Pandemie eventuell gestärkten Gestaltungswillen entstehenden Entscheidungen, Verfahren und Institutionen werden dann Gegenstand zukünftiger Betrachtungen und in den kommenden Krisen ihrer Feuerprobe unterzogen. Denn auch nach Beendigung des „Krisenjahrzehnts“ scheint es gewiss, dass die Integrationsgeschichte weiterhin als Geschichte der Krisen gelesen werden kann.

Literatur

Daron Acemoglu/James A. Robinson: Warum Nationen scheitern. Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut, Frankfurt a. M. 2020.

Sinem Adar et al.: Customs union: Old instrument, new function in EU-Turkey relations, in: SWP Comment 48/2020.

Perry Anderson: Ever Closer Union?: Europe in the West, London 2021.

Diego Badell/Jordi Rosell: Are EU Institutions Still Green Actors? An Empirical Study of Green Public Procurement, in: Journal of Common Market Studies 2021, S. 1–18.

Pavel Baev: Russia and Turkey. Strategic Partners and Rivals, in: Études de l'Ifri, Russie.NEI.Reports 35/2021.

Michel Barnier: La grande illusion: journal secret du Brexit (2016–2020), Paris 2021.

- Derek Beach/Sandrimo Smeets: New Institutional Leadership – how the new European Council-dominated crisis governance paradoxically strengthened the role of EU institutions, in: *Journal of European Integration* 6/2020, S. 837–854.
- Arjen Boin/Martin Lodge: Responding to the COVID-19 crisis: a principled or pragmatist approach?, in: *Journal of European Public Policy* 28/2021, S. 1131–1152.
- Ruxandra-Laura Bosilca: The Refugee Crisis and the EU Border Security Policies, in: Marianne Riddervold et al. (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of EU Crises*, Cham 2021.
- Winfried Böttcher: *Europa 2020: Von der Krise zur Utopie*, Baden-Baden 2021.
- Katrin Böttger/Mathias Jopp: Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020: selektive Föderalisierung des Integrationsprozesses, in: *integration* 1/2021a, S. 3–22.
- Katrin Böttger/Mathias Jopp (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Europapolitik*, Baden-Baden 2021b.
- Nathalie Brack/Seda Gürkan: *Theorising the Crises of the European Union*, Abingdon 2020.
- Birgit Bujard/Wolfgang Wessels: Der Brexit-Prozess und die Austrittsdoktrin: Die Führungsrolle des Europäischen Rats, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 1/2021, S. 13–24.
- Simon Bulmer/Christian Lequesne: *The Member States of the European Union*, Oxford 2020.
- Bundesverfassungsgericht: Urteil des Zweiten Senats vom 5. Mai 2020, 2 BvR 859/15 – 2 BvR 1651/15 – 2 BvR 2006/15 – 2 BvR 980/16, PStP.
- Martin Burgi et al.: Die Selbstbehauptung Europas!, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.7.2021.
- Alexander Bürgin: The European Commission's role in EU–Turkey relations, in: Wulf Reiners/Ebru Turhan (Hrsg.): *EU-Turkey Relations: Theories, Institutions, and Policies*, Cham 2021, S. 219–240.
- Berthold Busch/Björn Kauder: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt: Bestandsaufnahme und Vorschläge für mehr fiskalpolitische Disziplin in Europa, in: *IW-Analyse* 142/2021.
- James A Caporaso: The Euro in a Triple Crisis Context and Its Impact on the European Union, in: Marianne Riddervold et al. (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of EU Crises*, Cham 2021, S. 421–441.
- Natalia Chaban et al.: *Changing perceptions of the EU at times of Brexit: Global Perspectives*, Abingdon 2020.
- Lorenzo Codogno/Paul van den Noord: Assessing next generation EU, in: LSE 'Europe in Question' Discussion Paper Series 166/2020, abrufbar unter: <https://www.lse.ac.uk/european-institute/Assets/Documents/LEQS-Discussion-Papers/LEQSPaper166.pdf> (letzter Zugriff: 19.10.2021).
- Timothy Coles: Tourism, Brexit and the climate crisis: on intersecting crises and their effects, in: *Journal of Sustainable Tourism* 9/2021, S. 1529–1546.
- Eileen Connolly/John Doyle: Brexit and the Northern Ireland Peace Process, in: *Brexit Institute Working Paper Series* 11/2021.
- Clara Cotroneo et al.: The Gender Gap in the EU's Public Employment and Leadership: Mapping promising measures for gender equality and equal opportunities in the EU27, Study requested by the FEM committee, 2021, abrufbar unter: <https://doi.org/10.2861/522947> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Andrew Cottey: The European Union and China: Partnership in Changing Times, in: Laura C. Ferreira-Pereira/Michael Smith (Hrsg.): *The European Union's Strategic Partnerships: Global Diplomacy in a Contested World*, London 2021, S. 221–244.
- Stephen M. Croucher et al.: Refugee Crisis in the European Union, in: Stephen M. Croucher et al. (Hrsg.): *Migration and Media in Finland: Perceptions and Depictions of Natives, Immigrants and Refugees*, Cham 2021, S. 7–24.
- Sonia de Gregorio Hurtado: A Green Deal for the Urban Age: A New Role for Cities in EU Climate Action, in: *Monografias CIDOB* 80/2021, S. 25–38.
- Moniek de Jong/Thijs Van de Graaf: Lost in Regulation: Nord Stream 2 and the Limits of the European Commission's Geo-Economic Power, in: *Journal of European Integration* 4/2021, S. 495–510.
- Caroline de la Porte/Mads Dagnis Jensen: The next generation EU: An analysis of the dimensions of conflict behind the deal, in: *Social Policy and Administration* 2/2021, S. 388–402.
- Catherine E. de Vries et al.: *Foundations of European Politics: A Comparative Approach*, Oxford 2021.
- Bob Deen/Nienke Poetin van Heukelingen: Erdoğan en de worsteling van de NAVO, *Atlantisch Perspectief*, Atlantische Commissie, abrufbar unter: <https://www.atlcom.nl/artikel-atlantisch-perspectief/eensgezinde-rivalen-poetin-erdogan-en-de-worsteling-van-de-navo/> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Susi Dennison/Pawel Zerka: The Transformative Five: A New Role for the Frugal States after the EU Recovery Deal, ECFR Policy Brief 2020, abrufbar unter: <https://ecfr.eu/publication/the-transformative-five-a-new-role-for-the-frugal-states-after-the-eu-recovery-deal/> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- María Díaz Crego: Transnational electoral lists: Ways to Europeanise elections to the European Parliament, European Parliamentary Research Service, 2021, abrufbar unter: <https://doi.org/10.2861/520461> (letzter Zugriff: 1.9.2021).

- Michael Dougan: *The UK's Withdrawal from the EU: A Legal Analysis*, Oxford 2021.
- Ralf Drachenberg/Margot Vrijhoveen: *The role of the European Council in negotiating the 2021–27 MFF: Continuity and change in the politics of the EU's latest seven-year financial settlement*, European Parliamentary Research Service 2021, abrufbar unter: <https://doi.org/10.2861/117296> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Ralf Drachenberg/Emily Phillips: *The Twitter activity of members of the European Council: A content analysis of EU leaders' use of Twitter in 2019–20*, European Parliamentary Research Service 2021, abrufbar unter: <https://doi.org/10.2861/17201> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Susanne Dröge: *Internationale Klimapolitik – Spannungsfelder und mögliche Wendungen*, in: Barbara Lippert/Günther Maihold (Hrsg.): *Krisenlandschaften und die Ordnung der Welt. Im Blick von Wissenschaft und Politik*, in: SWP-Studie 18/2020, S. 101–160.
- Susanne Dröge/Tessa-Sophie Schrader: *Zurück in die Zukunft? Die internationale Klimapolitik 2021: Neue Konstellationen für die europäische Klimadiplomatie*, in: SWP-Aktuell 13/2021.
- Andrew Duff: *Europe after the Brits*, Discussion Paper, European Policy Centre, abrufbar unter: <https://epc.eu/en/Publications/Europe-after-the-Brits-3d0324> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Claire Dupont et al.: *The Covid-19 crisis: a critical juncture for EU climate policy development?*, in: *Journal of European Integration* 8/2020, S. 1095–1110.
- Johanna Edthofer/Paul Schmidt: *The future of the EU's Spitzenkandidaten procedure*, in: *ÖGFE Policy Brief* 4a/2021, S. 1–10.
- Europäische Kommission: *Recovery Plan for Europe*, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/info/strategy/recovery-plan-europe_en (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Federico Fabbrini/Giovanni Zaccaroni: *The Future EU-UK Relationship: The EU Ambitions for a Comprehensive Partnership*, in: *European Public Law* 2/2021, S. 265–284.
- Isabel Feichtner: *Geldpolitik und Demokratie. Kommentar zum PSPP-Urteil des Bundesverfassungsgerichts*, in: *Kritische Justiz* 1/2021, S. 62–72.
- Jérôme Fourquet: *L'Archipel français. Naissance d'une nation multiple et divisée*, in: *Humanisme* 3/2019, S. 58–65.
- Charlotte Galpin: *Contesting Brexit Masculinities: Pro-European Activists and Feminist EU Citizenship*, in: *Journal of Common Market Studies* 2021 (im Erscheinen).
- Andrew Gamble: *The Brexit negotiations and the Anglosphere*, in: *The Political Quarterly* 1/2021, S. 108–112.
- Sacha Garben: *Competence Creep Revisited*, in: *Journal of Common Market Studies* 2/2019, S. 205–222.
- Alicia García-Herrero: *When and how should the European Union conclude an investment agreement with China?* [Blog], Bruegel-Blogs 2020, abrufbar unter: <https://www.bruegel.org/2020/12/when-and-how-should-the-european-union-conclude-an-investment-agreement-with-china/> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Alberto Gasparetto: *Transition and Middle Power: Turkey's Strategic Autonomy on the Atlantic Area Border with the Middle East, the Mediterranean and the Horn of Africa*, in: Fulvio Attinà (Hrsg.): *World Order Transition and the Atlantic Area*, Basel 2021, S. 183–203.
- Alexander Göbel: *Experiment Bürgerbeteiligung*, in: Deutschlandfunk, 7.8.2021.
- Julia Gurol/Anna Starkmann: *New Partners for the Planet? The European Union and China in International Climate Governance from a Role-Theoretical Perspective*, in: *Journal of Common Market Studies* 3/2021, S. 518–534.
- Christine Hackenesch et al.: *Development policy under fire? The politicization of European external relations*, in: *Journal of Common Market Studies* 1/2021, S. 3–19.
- Miriam Hartlapp/Agnes Blome: *Women at the Top of the European Commission – Drivers and Barriers*, Swedish Institute for European Policy Studies, European Policy Analysis März 2021, abrufbar unter: https://www.sieps.se/globalassets/publikationer/2021/2021_6epa.pdf? (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Katy Hayward: *'Flexible and Imaginative': The EU's Accommodation of Northern Ireland in the UK–EU Withdrawal Agreement*, in: *International Studies* 2/2021, S. 201–218.
- Dermot Hodson: *The New Intergovernmentalism and the Euro Crisis*, in: Nathalie Brack/Seda Gürkan (Hrsg.): *Theorising the Crises of the European Union*, Abingdon 2020.
- Martin Höpner: *Karlsruhe verdient Anerkennung – Zum PSPP-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2020*, in: *Wirtschaftsdienst* 6/2020, S. 441–445.
- Erik Jones et al.: *Failing forward? The Euro crisis and the incomplete nature of European integration*, in: *Comparative Political Studies* 7/2016, S. 1010–1034.
- Erik Jones et al.: *Failing forward? Crises and patterns of European integration*, in: *Journal of European Public Policy* 28/2021, S. 1519–1536.

- Michael Kaeding/Felix Schenuit: The European Parliament's perspective on EU–Turkey relations, in: Wulf Reiners/Ebru Turhan (Hrsg.): *EU-Turkey Relations: Theories, Institutions, and Policies*, Cham 2021, S. 241–264.
- Hartmut Kaelble: Mehr als ein neues Krankheitsbild: Warum die Corona-Krise für die Europäische Union historisch neuartig ist, in: *Integration* 4/2021, S. 325–332.
- Hussein Kassim/Luc Tholoniati: The European Commission, in: Marianne Riddervold et al. (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of EU Crises*, Cham 2021, S. 298–313.
- Peter Graf Kielmansegg: Worum es im Kern geht, Briefe an die Herausgeber, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.6.2021.
- Paul Kirchhof: Die EU-Kommission gefährdet die Integration, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.6.2021.
- Janis Kluge/Michael Paul: Russlands Arktis-Strategie bis 2035: Große Pläne und ihre Grenzen, in: *Russland Analysen* 405/2021, S. 6–9.
- Michèle Knodt et al.: Die EU in der Polykrise: Folgen für das Mehrebenen-Regieren, in: Andreas Grimm (Hrsg.): *Die neue Europäische Union. Zwischen Integration und Desintegration*, Baden-Baden 2020, S. 119–151.
- Nicole Koenig: The EU as an Autonomous Defense Actor, Hertie School Policy Paper 2021, abrufbar unter: <https://www.delorscentre.eu/en/publications/detail/publication/the-eu-as-an-autonomous-defence-actor> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Christel Koop et al.: Agenda-setting under pressure: Does domestic politics influence the European Commission?, in: *European Journal of Political Research* 2021 (im Erscheinen).
- Ulrich Krotz/Lucas Schramm: An old couple in a new setting: Franco-German leadership in the post-Brexit EU, in: *Politics and Governance* 1/2021, S. 48–58.
- Merje Kuus: Regulatory power and region-making in the Arctic: China and the European Union, in: *European Urban and Regional Studies* 4/2020, S. 321–324.
- Sabina Lange/Sophie Vanhoonaeker: Conclusion: Towards EU strategic autonomy, in: Roberta Haar et al. (Hrsg.): *The Making of European Security Policy: Between Institutional Dynamics and Global Challenges*, Abingdon 2021, S. 214–225.
- Zoe Lefkofridi/ Philippe C. Schmitter: Neofunctionalism in the Decade of Crises, in: Nathalie Brack/Seda Gürkan (Hrsg.): *Theorising the Crises of the European Union*, Abingdon 2020, S. 102–118.
- Jeffrey Lewis: The Council, in: Marianne Riddervold et al. (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of EU Crises*, Cham 2021, S. 239–257.
- Luca Lionello: The Concept of State and What It Means for the Process of European Integration, in: *The Federalist* 1/2020, S. 61–66.
- Barbara Lippert: Turkey as a special and (almost) dead case of EU enlargement policy, in: Wulf Reiners/Ebru Turhan (Hrsg.): *EU-Turkey Relations: Theories, Institutions, and Policies*, Cham 2021, S. 267–293.
- Chih-Mei Luo: The EU's Crisis Decade: Reflecting on EU Capitalism and Governance, Singapore 2020.
- Claudia Major/Nicolai von Ondarza: Die EU und Global Britain: So nah, so fern. Wie »Global Britain« nach dem Brexit außen- und sicherheitspolitisch eingebunden werden kann, in: *SWP-Aktuell* 35/2021, S. 1–8.
- Benjamin Martill: Deal or no Deal: Theresa May's Withdrawal Agreement and the Politics of (Non-)Ratification, in: *Journal of Common Market Studies* 2021 (im Erscheinen).
- Benjamin Martill/Uta Staiger: Negotiating Brexit: The cultural sources of British hard bargaining, in: *Journal of Common Market Studies* 2/2021, S. 261–277.
- Frank Mattheis/John Kotsopoulos: *Broadening the Debate on EU-Africa Relations: Towards Reciprocal Approaches*, London 2020.
- Andreas Maurer et al.: *Das Europäische Parlament: Handbuch für Wissenschaft und Praxis*, Baden-Baden 2021.
- Franz C. Mayer: To Boldly Go Where No Court Has Gone Before. The German Federal Constitutional Court's ultra vires Decision of May 5, 2020, in: *German Law Journal* 5/2020, S. 1116–1127.
- Vittoria Meißner et al.: 2020 als Stresstest für die Europäische Union: Herausforderungen in Zeiten der COVID-19-Pandemie, in: *Integration* 1/2021, S. 53–70.
- Anand Menon: Foreword, Brexit and Beyond, UK in a Changing Europe, abrufbar unter: <https://ukandeu.ac.uk/wp-content/uploads/2021/01/Brexit-and-Beyond-report-compressed.pdf> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Alan S. Milward: *The European Rescue of the Nation-state*, London 2000.
- Michael Mintrom et al.: Policy narratives, localisation, and public justification: responses to COVID-19, in: *Journal of European Public Policy* 8/2021, S. 1219–1237.
- Marley Morris: The agreement on the future relationship: a first analysis, Institute for Public Policy Research 2020, abrufbar unter: <https://www.ippr.org/files/2020-12/agreement-on-future-relationship-ippr-assessment-1-.pdf> (letzter Zugriff: 1.9.2021).

- Manuela Moschella: What role for the European Semester in the recovery plan?, Economic Governance Support Unit (EGOV), In-Depth Analysis Requested by the ECON committee, 2020, abrufbar unter: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/651377/IPOL_IDA\(2020\)651377_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/651377/IPOL_IDA(2020)651377_EN.pdf) (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Mary C. Murphy: Northern Ireland and Brexit: where sovereignty and stability collide?, in: *Journal of Contemporary European Studies* 3/2021, S. 405–418.
- Amrita Narlikar/Cecilia Emma Sottolotta: Pandemic narratives and policy responses: west European governments and COVID-19, in: *Journal of European Public Policy* 8/2021, S. 1238–1257.
- Martin Nettesheim: Wer ist Hüter der Verfassung?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.7.2021.
- Akasemi Newsome et al.: The Financial Crisis: An Introduction, in: Marianne Riddervold et al. (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of EU Crises*, Cham 2021, S. 375–380.
- Espen D. H. Olsen/Guri Rosén: The EU's response to the financial crisis, in: Marianne Riddervold et al. (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of EU Crises*, Cham 2021, S. 381–400.
- Zachary Paikin/Caroline Rose: Turkey and the Eastern Mediterranean. Geopolitical Europe's pathway to strategic autonomy?, in: CEPS, 31.5.2021, abrufbar unter: <https://www.ceps.eu/ceps-publications/turkey-and-the-eastern-mediterranean/> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Ioannis Papageorgiou: Interpretation and implementation of article 50 TEU, European Parliament Think Tank 2021, abrufbar unter: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/690964/IPOL_STU\(2021\)690964_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/690964/IPOL_STU(2021)690964_EN.pdf) (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Oliver Pieck: Spillover effects from next generation EU, in: *Intereconomics* 5/2020, S. 325–331.
- Sacha Prechal: Competence creep and general principles of law, in: *Review of European administrative law* 1/2010, S. 5–22.
- Christian Raphael et al.: Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 2020*, Baden-Baden 2020, S. 31–48.
- Christian Rauh: Between neo-functionalism optimism and post-functionalism pessimism: Integrating politicisation into integration theory, in: Nathalie Brack/Seda Gürkan (Hrsg.): *Theorising the crises of the European Union*, Abingdon 2020, S. 119–137.
- Wulf Reiners/Ebru Turhan: *EU-Turkey Relations: Theories, Institutions, and Policies*, Cham 2021.
- Martin Rhodes: 'Failing forward': a critique in light of covid-19, in: *Journal of European Public Policy* 10/2021, S. 1537–1554.
- Marianne Riddervold et al.: *The Palgrave handbook of EU crises*, Cham 2021.
- Berthold Rittberger: *Die Europäische Union: Politik, Institutionen, Krisen*, München 2021.
- Maria João Rodrigues/François Balate: *Our European Future: Charting a Progressive Course in the World*, London 2021.
- Giulia Rossolillo: Sovereignty, in: *The Federalist* 1/2020, S. 67–75.
- Nicolò Sartori: EU-Turkey energy dialogue: Moving beyond the accession negotiations framework, in: Wulf Reiners/Ebru Turhan (Hrsg.): *EU-Turkey Relations: Theories, Institutions, and Policies*, Cham 2021, S. 373–393.
- Luigi Scazzieri: Bridging the Channel: How Europe and the UK can work together in foreign policy, *Bridging the Channel*, Konrad Adenauer-Stiftung, abrufbar unter: https://cer.eu/sites/default/files/pbrief_bridging_channel_30.6.21_fin.pdf (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Armin Schäfer/Michael Zürn: *Die demokratische Regression*, Berlin 2021.
- Kajja Schilde/Sara Wallace Goodman: The EU's Response to the Migration Crisis: Institutional Turbulence and Policy Disjuncture, in: Marianne Riddervold et al. (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of EU Crises*, Cham 2021, S. 449–468.
- Heinrich Schneider: Europäische Integration: die Leitbilder und die Politik, in: Michael Kreile (Hrsg.): *Die Integration Europas*, 1992, S. 3–35.
- Heinrich Schneider: Alternativen der Verfassungsfinalität: Föderation, Konföderation – oder was sonst?, in: *Integration* 3/2000, S. 171–184.
- Heinrich Schneider: Ausblick auf Europa: Was bleibt vom Europäischen Projekt?, in: Hans-Georg Ehrhart et al. (Hrsg.): *Die Europäische Union im 21. Jahrhundert*, Wiesbaden 2007.
- Frank Schorkopf: Europas Weg, Podcast zur Verfassungsgeschichte der Europäischen Union, Georg-August-Universität Göttingen, abrufbar unter: <https://www.uni-goettingen.de/de/%23podcast+europas+weg/626597.html> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Hans Jörg Schrötter: *Europa. Das Lexikon*, Baden-Baden 2020.
- Leonard August Schuette: Forging unity: European commission leadership in the Brexit negotiations, in: *Journal of Common Market Studies* 2021 (im Erscheinen).

- Maria Shagina/Kirsten Westphal: Nord Stream 2 und das Energie-Sicherheitsdilemma, in: SWP-Aktuell 52/2021, S. 1–8.
- Marco Siddi/Irina Kustova: From a liberal to a strategic actor: the evolution of the EU's approach to international energy governance, in: Journal of European Public Policy 7/2021, S. 1076–1094.
- Peter Slominski/Florian Trauner: Reforming me softly – how soft law has changed EU return policy since the migration crisis, in: West European Politics 1/2021, S. 93–113.
- Eduard Soler i Lecha: The EU and the Eastern Mediterranean: How to Deal With Turkey, in: Notes Internacionals, CIDOB, abrufbar unter: https://www.cidob.org/en/publications/publication_series/notes_internacionals/251/the_eu_and_the_eastern_mediterranean_how_to_deal_with_turkey (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Eirik Tegle Stenstad/Bent Sofus Tranøy: Failing Forward in Financial Stability Regulation, in: Marianne Riddervold et al. (Hrsg.): The Palgrave Handbook of EU Crises, Cham 2021, S. 401–419.
- Susan Stewart: Eine robustere Russlandpolitik für die EU: Wie Koalitionen von Mitgliedstaaten dazu beitragen könnten, in: SWP-Aktuell 96/2020, S. 1–4.
- Stefan Storr: Von der Kooperation zur Konfrontation: Das PSpP-Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2020, in: Journal für Rechtspolitik 2/2020, S. 65–72.
- Wolfgang Streeck: Zwischen Globalismus und Demokratie: Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus, Berlin 2021.
- Funda Tekin: Differentiated integration: An alternative conceptualization of EU–Turkey relations, in: Wulf Reiners/Ebru Turhan (Hrsg.): EU-Turkey Relations: Theories, Institutions, and Policies, Cham 2021, S. 157–181.
- TEPSA: Tepsa Voices, 2021, abrufbar unter: https://www.tepsa.eu/tepsa_voices/ (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- The Federalist: Time to Switch to the Constituent Strategy, in: The Federalist 1/2020, S. 4–7.
- Nathalie Tocci: European Strategic Autonomy: What It Is, Why We Need It, How to Achieve It, Istituto Affari Internazionali, 26.2.2021, abrufbar unter: <https://www.iai.it/en/publicazioni/european-strategic-autonomy-what-it-why-we-need-it-how-achieve-it> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Zerrin Torun: From convergence to divergence: The compatibility of Turkish and EU foreign policy, in: Wulf Reiners/Ebru Turhan (Hrsg.): EU-Turkey Relations: Theories, Institutions, and Policies, Cham 2021, S. 323–346.
- Jarle Trondal et al.: Crisis, Continuity, and Change in European Union Institutions: An Introduction, in: Marianne Riddervold et al. (Hrsg.): The Palgrave Handbook of EU Crises, Cham 2021, S. 231–237.
- Dimitris Tsarouhas: EU-Turkey Economic Relations and the Customs Union, in: ELIAMEP Policy Paper 68/2021, abrufbar unter: <https://www.eliamep.gr/en/publications/> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Ebru Turhan/Wolfgang Wessels: The European Council as a Key Driver of EU–Turkey Relations: Central Functions, Internal Dynamics, and Evolving Preferences, in: Wulf Reiners/Ebru Turhan (Hrsg.): EU-Turkey Relations: Theories, Institutions, and Policies, Cham 2021, S. 185–217.
- UK in a Changing Europe: Brexit and Beyond, abrufbar unter: <https://ukandeu.ac.uk/wp-content/uploads/2021/01/Brexit-and-Beyond-report-compressed.pdf> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Luuk van Middelaar: Das europäische Pandämonium: Was die Pandemie über den Zustand der EU enthüllt, Berlin 2021.
- Herman van Rompuy: The European Union and the Corona Crisis, Special Policy Brief, TRACK – Teaching and Researching the European Council, abrufbar unter: https://track.uni-koeln.de/sites/track/user_upload/Special_Policy_Brief-2020.pdf (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Nicolai von Ondarza/Minna Ålander: Die Konferenz zur Zukunft Europas: Herausforderungen und Erfolgsbedingungen für einen Reformimpuls, der über Krisenmanagement hinausreicht, in: SWP-Aktuell 20/2021, S. 1–8.
- Jannike Wachowiak/Fabian Zuleeg: The EU-UK Partnership and Implications for Differentiation Within the EU and Between the EU and Third Countries, EU IDEA Papers, Istituto Affari Internazionali, abrufbar unter: <https://www.iai.it/en/publicazioni/eu-uk-partnership-and-implications-differentiation-within-eu-and-between-eu-and-third> (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Stefan Wallaschek: Contested solidarity in the Euro crisis and Europe's migration crisis: A discourse network analysis, in: Journal of European Public Policy 7/2020, S. 1034–1053.
- Georgina Waylen: Gendering political leadership: hypermasculine leadership and Covid-19, in: Journal of European Public Policy 8/2021, S. 1153–1173.
- Stephen Weatherill: Competence creep and competence control, in: Yearbook of European Law 1/2004, S. 1–55.
- Werner Weidenfeld et al.: Europa von A bis Z, Baden-Baden 2020.
- Wolfgang Wessels: Das politische System der Europäischen Union, Wiesbaden 2021a.

- Wolfgang Wessels: The European Council as a transformative force, in: Helen Wallace et al. (Hrsg.): Europe's Transformations. Essays in Honour of Loukas Tsoukalis, Oxford 2021b, im Erscheinen.
- Wolfgang Wessels/Lea Hopp: The European Council's Financial Mega Deal: An unprecedented challenge for the political and academic world, in: TRACK Policy Brief Series, 2021, abrufbar unter: https://track.uni-koeln.de/sites/track/user_upload/Track_Policy_Brief_European_Council_s_corona_crisis_management.pdf (letzter Zugriff: 1.9.2021).
- Kirsten Westphal: Strategische Souveränität in Energiefragen: Überlegungen zur Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit Deutschlands in der EU, in: SWP-Aktuell 46/2020, S. 1–8.
- Richard G. Whitman: Missing in action: The EU-UK foreign, security and defence policy relationship after Brexit, in: European View 2/2020, S. 222–229.
- Sarah Wolff/Stella Ladi: European Union Responses to the Covid-19 Pandemic: adaptability in times of permanent emergency, in: Journal of European Integration 8/2020, S. 1025–1040.
- Joachim Wuermeling: Auf ein Neues? Erfolgsfaktoren für die Konferenz zur Zukunft Europas, in: integration 2/2021, S. 150–158.
- Yana Zabanova/Kirsten Westphal: Russland im globalen Wasserstoff-Wettlauf, in: SWP-Aktuell 48/2021, S. 1–8.